

grünpol

Nr. 30 | September 2009

Ein wichtiges Ja zur IV-Zusatzfinanzierung



**Dank der IV kann ich
mit dem Rollstuhl zur
Schule.**

Laura Fencello

Die Invalidenversicherung ist wie die AHV eines unserer wichtigsten Sozialwerke. Ihre Stärkung ist gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten vordringlich.

Die IV ist seit Jahren hoch verschuldet. Das jährliche Defizit beträgt 1,4 Milliarden Franken, die Verschuldung beträgt heute 13 Milliarden Franken. Und das voll auf Kosten des AHV-Ausgleichsfonds, weil die IV erst mit einem Ja zur Zusatzfinanzierung einen selbständigen Ausgleichsfonds erhalten würde. Höchste Zeit also, legt das Parlament nach jahrelangem Seilziehen, der 4. und 5. IV-Revision, welche

bereits eine Stabilisierung der Ausgaben brachte, einen breit abgestützten Kompromiss zur Sanierung der IV vor. Danach soll eine befristete proportionale Mehrwertsteuererhöhung (plus 0,4%, 0,2%, 0,1%) vom 1.1.2011 bis zum 31.12. 2017 dafür sorgen, dass ca. 1,1 Milliarden Franken Einnahmen jährlich das laufende Defizit decken. Zusätzlich würde ein Startkapital von 5 Milliarden Franken aus dem AHV-Ausgleichsfonds an den neuen IV-Ausgleichsfonds überwiesen, die Schuldzinsen der IV würde der Bund übernehmen. Zudem ist eine weitere IV-Revision geplant, die spätes-

tens bis 2010 weitere Vorschläge zur Sanierung und Ausgabensenkung machen muss. Ausser der SVP sagen alle Parteien, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften und Behindertenorganisationen Ja zu dieser befristeten IV-Zusatzfinanzierung. Ein Ja ist existentiell wichtig, wollen wir die IV aus der Schuldenfalle befreien, die Aushöhlung der AHV vermeiden und behinderten und arbeitsunfähigen Menschen weiterhin Leistungen zur Wiedereingliederung und Existenzsicherung garantieren.

Maya Graf, Nationalrätin, Sissach

Erbschafts- und Schenkungssteuergesetz: Nein



Die vorgeschlagene Revision bringt zwar eine begrüssenswerte Vereinfachung der Erbschaftssteuer, aber sie verursacht für den Kanton weniger Einnahmen im Millionenbereich - ohne dass positive Auswirkungen für einen nachhaltigen Umbau unserer Wirtschaft erzeugt werden. Aus diesem Grund empfehlen die Grünen Baselland ein Nein zur Revision des Erbschafts- und Schenkungssteuergesetzes.

Seit einigen Jahren ist das Erben für

direkte Nachkommen (Kinder, Ehepartner) auch im Kanton Baselland steuerfrei. Alle anderen Erben müssen hingegen Erbschaftssteuer bezahlen. Je nach Verwandtschaftsgrad und Betrag fallen die Steuern unterschiedlich hoch aus. Grundsätzlich gilt, dass je näher jemand verwandt ist, desto weniger Erbschaftssteuer muss bezahlt werden.

Das heutige System der Erbschaftsbesteuerung ist kompliziert und für den Laien schwer verständlich. Die

Revision versucht dieses System nun stark zu vereinfachen, was die Grünen Baselland voll unterstützen. Diese Vereinfachung erfolgt allerdings nicht kostenneutral, sondern verursacht Einnahmeausfälle im Millionenbereich (ca. 7-10 Mio. pro Jahr).

In der Steuerpolitik verfolgen die Grünen Baselland den Grundsatz, sich nicht a priori gegen Steuersenkungen zu verschliessen, wenn diese echte Anreize für unsere Wirtschaft bieten, nachhaltiger und ökologischer zu handeln. Ein ökologischer Umbau der Wirtschaft im Sinne des Green New Deals soll durch den Staat gefördert werden. Eine geschickte Steuerpolitik kann hierbei ein wichtiges Element sein. Bei der vorliegenden Revision Erbschafts- und Schenkungssteuergesetzes werden aber keinerlei positive Auswirkungen für einen nachhaltigen Umbau unserer Wirtschaft erzeugt. Deshalb lehnen die Grünen Baselland die Revision klar ab.

Klaus Kirchmayr, Landrat, Aesch

Unternehmenssteuerreform II: so nicht!

Die Baselbieter Bevölkerung darf in ihrem Stimmverhalten wohl als durchaus unternehmensfreundlich bezeichnet werden. Trotzdem hat sie im Februar 2008 mit fast 60% nein gesagt bei der eidgenössischen Abstimmung über die Unternehmenssteuerreform II.

Mit guten Gründen: Es gab bereits eine Unternehmenssteuerreform, die Schweiz steht im internationalen Vergleich schon sehr gut da und letztlich braucht es auch Steuermittel, um gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen.

Wegen des hauchdünnen Ja auf Bun-

desebene muss auch unser Kanton die entsprechende Gesetzgebung übernehmen. Doch was tut die Baselbieter Regierung, unter rechtsbürgerlichem Applaus im Parlament? Sie geht weit über die im Baselbiet deutlich abgelehnten eidgenössischen Vorgaben hinaus, packt noch mehr Steuersenkungen in die Vorlage und nennt diese dann nach dem Motto keiner merkt's „Anpassung an Bundesrecht“.

Nicht nur dieses Vorgehen ist unsauber, mit Blick auf die aktuelle Wirtschaftslage ist auch der Inhalt bedenklich. Die über zwingende

Anpassungen hinausgehenden Bestimmungen laden doch tatsächlich Unternehmen ein, Geld zu horten statt es wieder zu investieren. Das ist schlecht für unseren Wirtschaftsstandort und für die Arbeitsplätze!

Die Grüne Fraktion hat im Landrat deutlich gemacht, dass nur Massnahmen unsere Zustimmung finden, die eine nachhaltige und ökologische Ausrichtung unserer Wirtschaft fördern. Denn auf längere Sicht hat nur diese auch eine ökonomische Zukunft. Auch dies trifft hier leider nicht zu, deshalb ein klares Nein!

Isaac Reber, Landrat, Sissach

Verzicht auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative – Einäscherung einer Totgeburt?

2003 haben Volk und Stände dem Instrument der allgemeinen Volksinitiative zugestimmt. Damit wollte man Mängel des Initiativrechtes beseitigen.

Die neue Verfassungsbestimmung setzt voraus, dass auf Gesetzesstufe Ausführungsbestimmungen geschaffen werden. Es hat sich beim Versuch, solche zu gestalten, gezeigt, dass der Teufel im Detail steckt. Es ist trotz verschiedener Bemühungen seitens des Bundesrates und des Parlamentes nicht gelungen, überzeugende Lösungen für eine Konkretisierung dieser Verfassungsbestimmung zu finden. Der Verfassungsauftrag kann somit nicht erfüllt werden und soll konsequenterweise per Volksabstimmung zurückgenommen werden. Insgesamt gestaltet sich das Verfahren nicht zuletzt aufgrund der Erfordernisse des Zweikammersystems als kompliziert und unübersichtlich. Ein solch kompliziertes Verfahren ist nicht praxistauglich und insbesondere auch zeitraubend. Ein über sieben

Neuer Parteauftritt, neuer Grünpol

Die Grünen Baselland geben sich ab September einen neuen grafischen Auftritt: Zwei Gründe haben uns dazu bewogen, Parteilogo, Farbe und weitere Elemente zu ändern. Zum einen äusserten in einer Umfrage letzten Herbst zahlreiche LeserInnen den Wunsch, am Auftritt und Inhalt des Grünpols Änderungen vorzunehmen. Zum anderen wechselte die Grüne

Jahre dauerndes, für Aussenstehende kaum nachvollziehbares Verfahren zur Umsetzung eines Volksanliegens schwächt das Vertrauen in die politischen Institutionen.

Bei aller Sympathie, die man für die allgemeine Volksinitiative haben kann, muss man heute wohl einfach feststellen, dass der Versuch, die Volksrechte in diesem Sinn zu optimieren, fehlgeschlagen ist. Es könnte von den eidgenössischen Räten aber auch falsch verstanden werden, wenn ein Volksrecht abgeschafft wird, bloss weil das Parlament bezüglich der Umsetzung keine Einigung erzielen kann.

Noch nie mussten übrigens Volk und Stände eine Totgeburt auf der Ebene der Verfassung begraben, eine Norm, die noch gar nicht in Kraft gesetzt wurde, wieder aufheben. Ob es nötig ist und das richtige Signal setzt, muss jede/r selbst beurteilen.

Lukas Ott, Stadtrat, Liestal

Partei Schweiz ihr Design.

Auf Wunsch der LeserInnen berichten wir neu jeweils in der Rubrik „Landratskommentar“ aus dem kantonalen Parlament. Und auf der letzten Seite finden Sie eine Agenda. Weitere Informationen über die Grünen Baselland jeweils auf www.gruene-bl.ch.

Björn Schaub, Geschäftsleiter

Landratskommentar



Madeleine Göschke-Chiquet,
Fraktionspräsidentin Grüne

Dringender Handlungsbedarf im Gesundheitswesen

Steigende Gesundheitskosten und Krankenkassenprämien, neue Qualitätskriterien für Spitäler, Fallkostenpauschale und die freie Spitalwahl verlangen ein Umdenken. Auch in unserer Region besteht Handlungsbedarf. Den derzeitigen Aufrüstungs- und Ausbauplänen der Spitäler muss Einhalt geboten werden. Doppelspurigkeiten müssen verhindert werden, denn nicht jedes Spital muss alles anbieten; dies gilt zum Beispiel für Herzkatheter-Labors. Mit Schwerpunktbildungen verbessern wir die medizinische Qualität und die Wirtschaftlichkeit.

Das neue Bruderholzspital ist viel zu gross geplant. Es wird bei seiner Fertigstellung in dieser Grösse nicht mehr benötigt werden, denn die Verlagerung von stationärer hin zu ambulanter Behandlung ist in vollem Gang und wird mit der Einführung der Fallkostenpauschale noch zunehmen. Unser Kanton wird mit dieser gigantischen Spitalneubausumme von mindestens 500 Millionen Franken und hohen Betriebskosten Finanzprobleme haben.

Für die Renovation des Spitals Laufen sind 40 Millionen vorgesehen. Damit werden weder Qualität noch Wirtschaftlichkeit verbessert. Diese 40 Millionen sollten besser in ein zukunftsorientiertes Gesundheitszentrum investiert werden. Notfälle, welche ambulant behandelt werden können, sind so gut versorgt und stationäre Spitalbehandlungen werden in den Spitälern unserer Region stattfinden.

Wir können Gesundheitskosten einsparen, wenn wir wollen!

Der private AKW-Ausstieg

Auch wenn private StrombezügerInnen erst in fünf Jahren in die freie Wahl entlassen werden, können sie heute schon die Geschäftspolitik ihres Energieanbieters beeinflussen.

Weil der Kunde auf billigen Strom poche, sei die EBM (Elektra Birseck Münchenstein) faktisch gezwungen, in ausländische CO2-Schleudern zu investieren. So die Rechtfertigung für ihre Beteiligung an deutschen Kohlekraftwerken. „Nicht mit mir“, sagen immer mehr StromkundInnen und lassen sich saubere Energie ins Haus liefern: 2008 ist der Absatz an Ökostrom in der Schweiz um 63 % gestiegen. Der Marktanteil bleibt aber mit 10 % bescheiden.

Das Angebot ist gross: Im Hinblick auf die Marktöffnung haben fast alle Energieversorger Ökostrom ins Angebot aufgenommen, um sich auch ja kein Geschäft entgehen zu lassen. Doch es ist nicht alles Gold was glänzt oder nicht alles Erneuerbare auch ökologisch. So ist Wasserkraft aus Pumpspeicherwerken alles andere als grün. Bereits turbinirtes Wasser wird nachts mit billigem Atom- oder Kohlestrom in die Stauseen gepumpt und zur Mittagszeit zum Spitzenpreis ins Ausland verkauft. Für eine Kilowattstunde dieses Stroms braucht es 1,3 Kilowattstunden Pump-Energie.

Was tun? fragt sich die verunsicherte Stromkundin. Nun, sie schaut genau hin und bestellt das sauberste Stromangebot ihres Energielieferanten. Oder der Verbraucher kauft bei einem unabhängigen Anbieter, von denen es immer mehr auf dem Markt gibt. Jede Bestellung - und damit der deklarierte Wille, mit sauberer Energie haushalten und wirtschaften zu wollen - fördert nicht nur den Bau neuer alternativer Anlagen, sondern entzieht auch den Scheinargumenten der Energiekonzerne den Boden.

Unter www.topten.ch finden sich Anbieter mit Preis- und anderen Infos zu zertifiziertem Ökostrom.

Christa Dettwiler, Rünenberg

Gentechnikfreie Landwirtschaft europaweit

Am 24. April 2009 konnte ich als Präsidentin der SAG im KKL in Luzern die 5. Europäische Konferenz der gentechnikfreien Regionen Europas unter dem Titel „Food and Democracy“ eröffnen und 250 TeilnehmerInnen aus 39 Länder in der Schweiz begrüßen. Ein Moment, den ich nie vergessen werde, denn nach über einem Jahr Vorbereitung schafften wir es, politische Persönlichkeiten aus ganz Europa als EröffnungsrednerInnen zu gewinnen. Am meisten freute ich mich auf den Austausch mit denjenigen AktivistInnen, die ich schon von den vier vorherigen Meetings kannte wie Michael aus Irland, Gerald aus Wales, Wolfgang aus Österreich, Paola aus Italien, Senja aus Rumänien. Wie bewundere ich ihre Beharrlichkeit trotz Widerstand für eine gentechnikfreie Landwirtschaft in ihren Ländern zu kämpfen. Für sie alle dient unser Schweizer Gentechnikmoratorium als Vorbild. Möge diese Konferenz Mut machen, dass wir in ganz Europa gemeinsam auf eine gentechnikfreie, vielfältige, naturnahe Landwirtschaft hinarbeiten. Wer mehr erfahren möchte, schaut unter www.gmo-free-regions.org rein oder abonniert die Genschutzzeitung.

Maya Graf, Nationalrätin, Sissach

Antwort Wettbewerb Aprilausgabe Grünpol

Die Frage lautete: Wie viel Geld bezahlt jede Person in der Schweiz durchschnittlich pro Jahr für Energieausgaben von Erdölbrenn- und Treibstoffen (Basis: Jahr 2007)?

2'323 sFr. (gemäss der Schweizerischen Gesamtenergiestatistik des BFE)

Abstimmungsparolen 27. September 2009

Eidgenössische Vorlagen

JA zur befristeten Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze

STIMMFREIGABE zum Verzicht auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative

Kantonale Vorlagen

NEIN zum Erbschafts- und Schenkungssteuergesetzes

NEIN zum Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern; Anpassung an Bundesrecht betreffend Unternehmenssteuerreform II

Agenda

09.09.2009

„Asylland in Sicht“ vom Theaterkabarett Birkenmeier anlässlich des Jubiläums 20 Jahre Anlaufstelle BL. Liestal, Pfarrei der Kath. Kirche, Rheinstr. 20b, 19.00 Uhr

16.09.2009

Weizen für den Tank - bleibt der Naturschutz auf der Strecke? Aarau, Naturama, 20.00 Uhr, Mühlberg-Saal

19.09.2009

Delegiertenversammlung Grüne Partei Schweiz in St. Gallen

23.09.2009

Alltag vor dem Ölrausch. Ein Gespräch mit Zeitzeugen. Naturama, Aarau, 19.30 Uhr, Foyer

9./10.10.2009

Tagung „Essen macht Klima macht Essen - unser Einfluss auf die Welt-ernährung“ . 14.00 - 18.00 Uhr/9.00 - 12.45 Uhr Fachhochschule Nordwestschweiz, Windisch, Klosterzelgstrasse 2, Aula

IMPRESSUM

Herausgeber: Grüne BL, Postfach 267, 4012 Basel

Redaktion: info@gruene-bl.ch

Auflage: 1500 Ex.

gedruckt auf Cyclus Offset, 100% Recycling

Werden Sie Mitglied (www.gruene-bl.ch) oder unterstützen Sie die Grünen BL mit einer Spende (PC-Konto 40-7608-1)